
****PRESSEMITTEILUNG****

Donnerstag, 8. März 2012

Sorgenkind Inflation

Laut aktueller Vorausschätzung von Eurostat ist die Inflationsrate im Euroraum trotz der gegenwärtigen Rezession im Februar auf 2,7 % angestiegen. Der Preisauftrieb in Österreich lag im Jänner 2012 um 0,3 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert des Euroraums. Seit dem vierten Quartal des Vorjahres schrumpft die Wirtschaftsleistung des Euroraums (-0,3 %), auch in Österreich ist das Bruttoinlandsprodukt um 0,1 % zurückgegangen. Die vorauslaufenden Indikatoren deuten für das laufende Quartal auf einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung in Europa und Österreich hin. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss die weiterhin dynamische Preisentwicklung als bedrohlich angesehen werden.

Noch größeren Anlass zur Beunruhigung gibt die Inflationsdynamik in Österreich. Seit Ende des Jahres 2007 steigen die Verbraucherpreise in Österreich fast durchgängig rascher als der Durchschnittswert des Euroraums. Seit Oktober 2007 hat der österreichische HVPI gegenüber dem Euroraum um kumulativ 1,1 Prozentpunkte und gegenüber dem Haupthandelspartner Deutschland gar um 2 Prozentpunkte zugelegt. Im Jahr 2011 betrug das Inflationsdifferenzial gegenüber dem Euroraum 0,8 Prozentpunkte, im Vergleich zu Deutschland haben die Preise monatsdurchschnittlich sogar um einen Prozentpunkt stärker zugelegt. Für einen durchschnittlichen österreichischen Haushalt hat sich die Kaufkraft im Vorjahr durch die Inflation um 1.200,- Euro verringert. Das Inflationsdifferenzial zu Deutschland vermindert die Kaufkraft immerhin um 360,- Euro.

Die gegenwärtige globale wirtschaftliche Schwächeperiode wurde wesentlich durch den kräftigen Anstieg der Verbraucherpreise mit verursacht. Ausgelöst durch den deutlichen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise kam es zu einer Beeinträchtigung der globalen Kaufkraftentwicklung, die zu der Verlangsamung des Welthandels beigetragen hat. Bereits zu Beginn des Jahres 2011 kam das Wachstum des Welthandels zum Erliegen. Neben der Überwindung der öffentlichen Schuldenkrise wird von den Wirtschaftsforschern als eine Vorbedingung für den bevorstehenden wirtschaftlichen Aufschwung in Europa - der Rest der Welt dürfte wachsen - eine stabile Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise angesehen.

Für die Preisstabilität stellen die geänderten Rahmenbedingungen eine erhebliche Herausforderung dar. Haben sich die Preise für Energie und Nahrung Ende der 1990er Jahre noch weitgehend stabil entwickelt (0,7 % Anstieg pro Jahr), so sind sie danach deutlich stärker als der HVPI angestiegen (3,9 % pro Jahr 1999-2004 und 4,7 % seit 2005). Werden die durch die Energiepreisentwicklung erlittenen Kostensteigerungen in die Preise überwältigt, so droht eine Lohn-Preisspirale in Gang zu kommen und die Inflationsrate könnte sich kontinuierlich beschleunigen.

EcoAustria empfiehlt daher, dem Thema der Preisentwicklung in Österreich erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Unmittelbarer Handlungsbedarf wird in zwei Bereichen gesehen: der Lohnpolitik und dem Bereich der öffentlichen Gebühren und Abgaben.

Österreich weist ein vorbildliches System der Lohnverhandlungen auf, das zu hoher Wettbewerbsfähigkeit der vorzüglichen wirtschaftlichen Entwicklung sowie der hohen Beschäftigung wesentlich beigetragen hat. Es ist allerdings zu konstatieren, dass das gegenwärtige Modell der Lohnbildung angesichts der genannten geänderten Rahmenbedingungen modifiziert werden muss.

Künftig müssen die Lohnverhandlungen den – von externer Seite erlittenen – Anstieg der Energie und Rohstoffpreise anders behandeln. Der von dieser Seite verursachte Kostenschub darf nicht in die Löhne überwälzt werden, wenn ein nachhaltiger Verlust von Wettbewerbsfähigkeit und Preisstabilität vermieden werden soll. Das impliziert konkret, dass künftig nicht mehr automatisch die Inflation des Vorjahres abgegolten werden darf. Gerade das österreichische Lohnbildungssystem sollte in der Lage sein, diese durchaus ambitionierte Aufgabe zu bewältigen.

Angesichts des bereits chronischen Inflationsdifferenzials Österreichs gegenüber dem Euroraum und Deutschland ist insbesondere auch die öffentliche Hand gefordert. Gebühren und öffentliche Abgaben tragen nicht unwesentlich zum Preisauftrieb in Österreich bei. Trotz des engen Spielraums bei den öffentlichen Finanzen sollte unbedingt der Verlockung widerstanden werden, anstatt Schritte auf der Ausgabenseite durchzuführen, budgetäre Verbesserungen über zu hohe Anpassungen bei den Gebühren zu erreichen. Die jüngsten Erhöhungen bei Gebühren haben die Situation bei den Verbraucherpreisen weiter verschärft. Dieser Entwicklung sollte im Sinne der Sicherung der Preisstabilität umgehend Einhalt geboten werden.

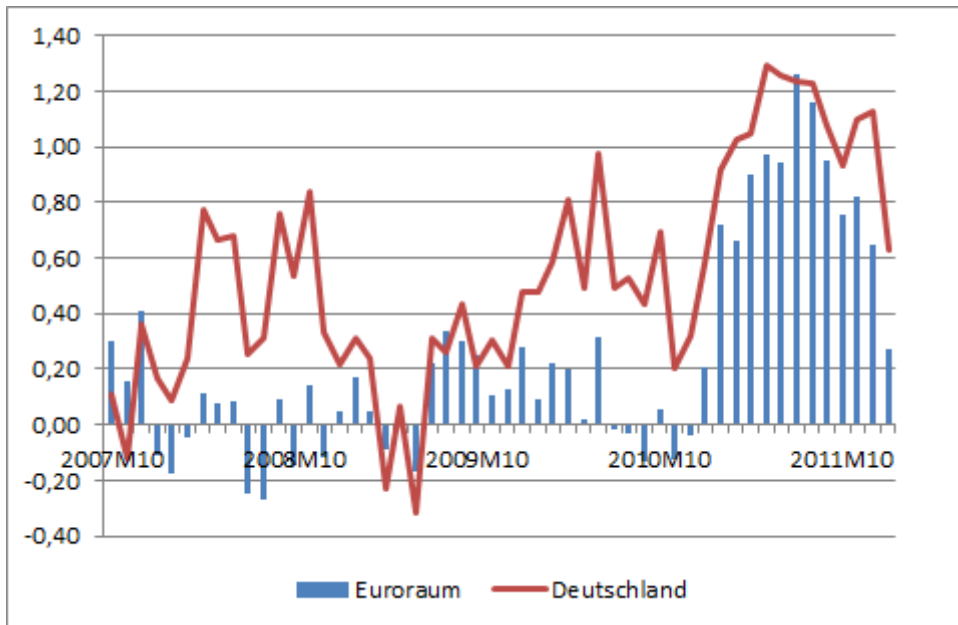
Die aktuelle Inflationsentwicklung, aber auch die längerfristige Trendentwicklung der Vergangenheit deuten darauf hin, dass die Gefahr eines beschleunigten und chronischen Preisauftriebs besteht. Insbesondere in Österreich beschränkt sich die Inflationsdynamik nicht mehr nur auf jene Teilaggregate des HVPI, die eng mit den Rohstoffpreisen verbunden sind.

Abbildung 1: Inflation (HVPI), Österreich vs. Euroraum



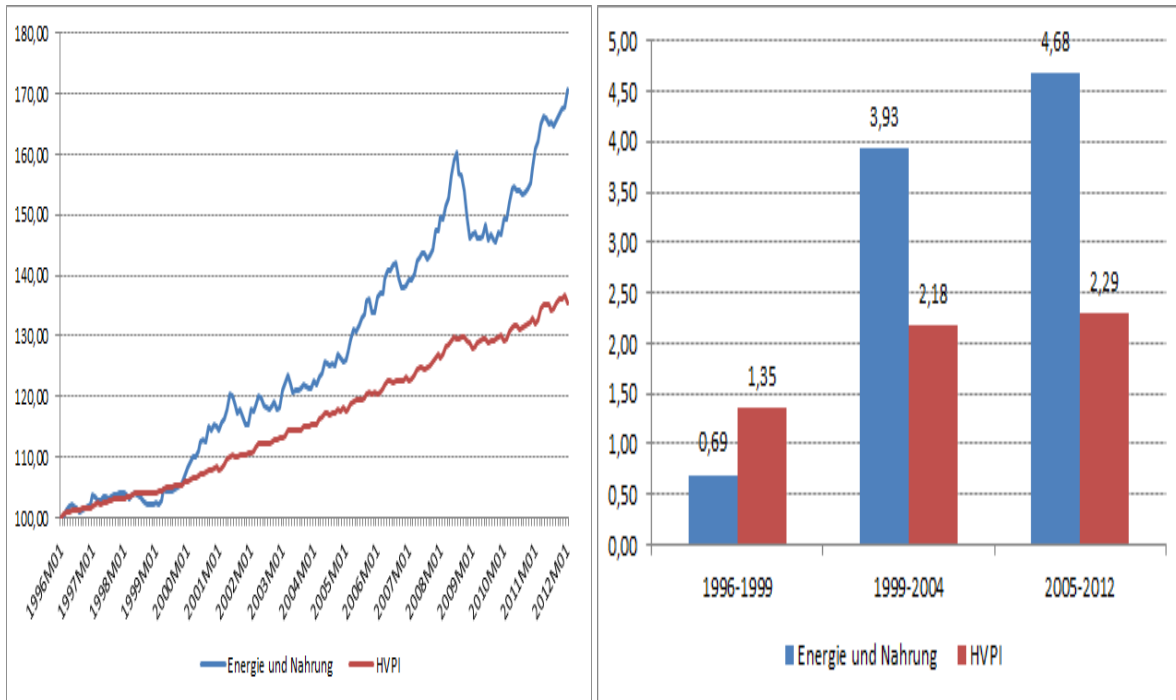
Quelle: Eurostat

Abbildung 2: Inflationsdifferenzial Österreichs gegenüber Euroraum und Deutschland



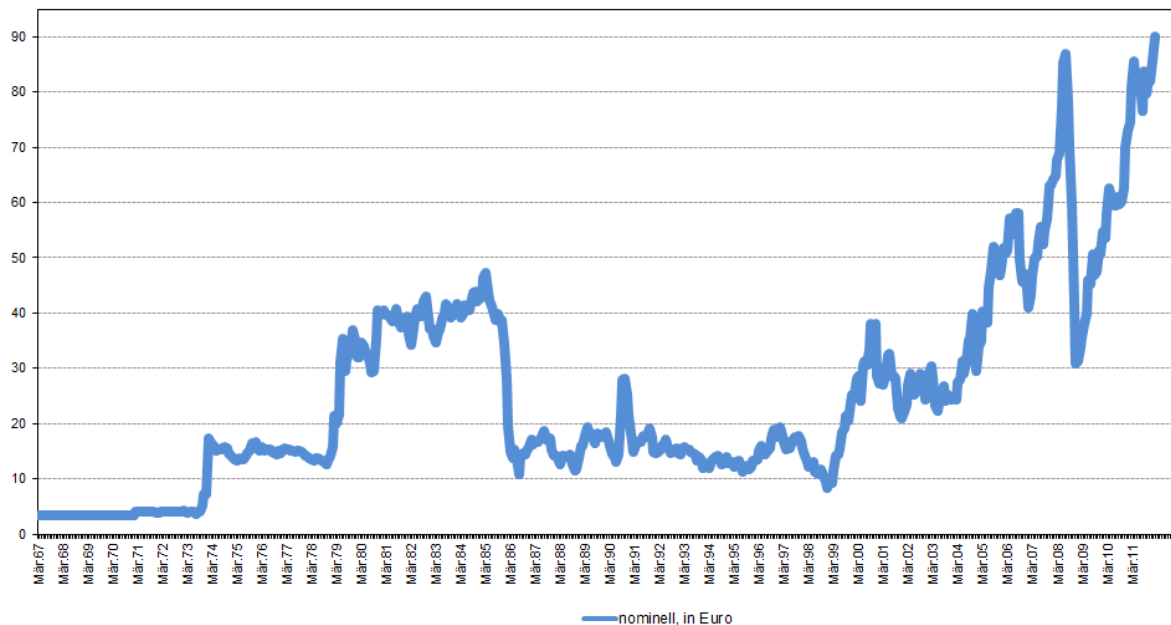
Quelle: eigene Berechnungen auf Basis von Eurostat.

Abbildung 3: Energie und Nahrungsmittelpreise vs. HVPI, Euroraum



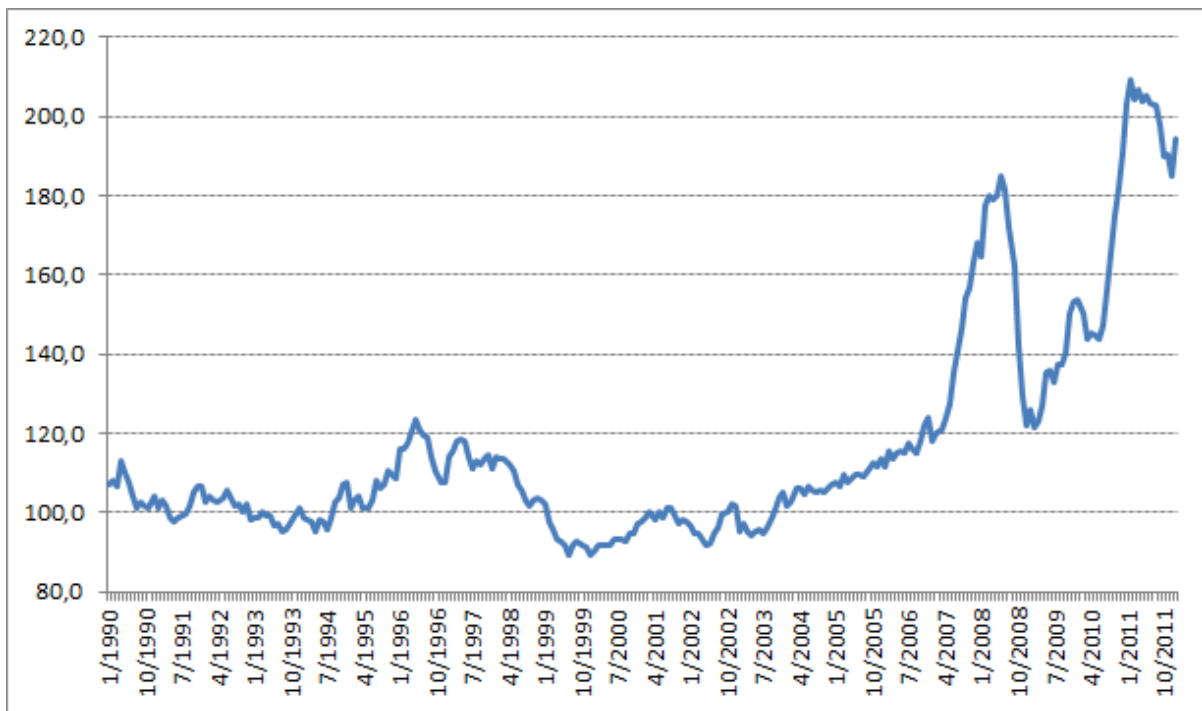
Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Abbildung 4: Langfristige Entwicklung des Ölpreises, Brent



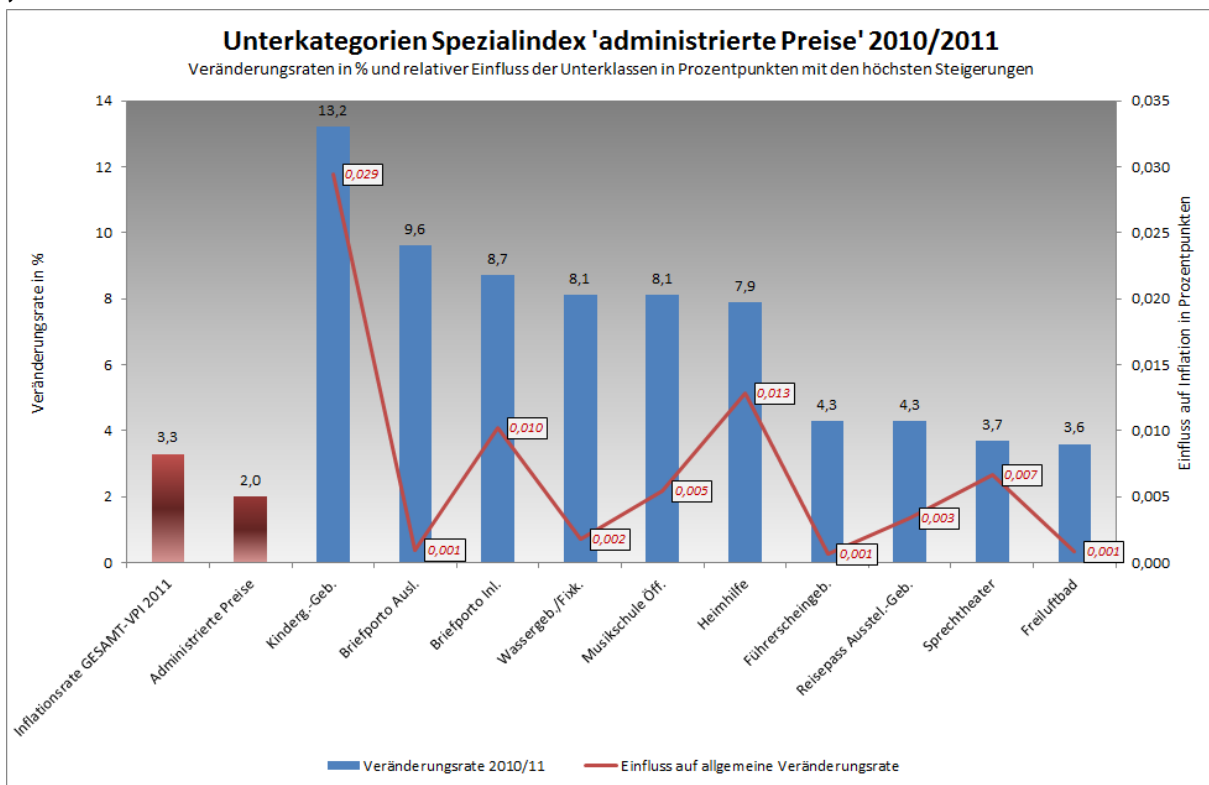
Quelle: U.S. Department of Energy, OeNB, eigene Berechnungen

Abbildung 5: Entwicklung der Nahrungsmittelpreise, Index 2002-2004 = 100



Quelle: FAO, Monthly Food Price Index

Abbildung 6: Preissteigerungen und Einfluss 2011 nach Unterkategorien ,administrierte Preise‘



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen EcoAustria.